

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927**

1.4.1927 (No. 77)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher-  
straße Nr. 14  
Fernsprecher:  
Nr. 953  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 3515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
E. Amend,  
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einsch. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstags 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigenerhebung, zwangsweiser Verbreitung, und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsbasis erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenschriften, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

### Amtlicher Teil

#### Prüfung im Aufbeschlag

\*\* Die nächsten öffentlichen Prüfungen im Aufbeschlag finden statt: am Dienstag, den 19. April 1927 und Mittwoch, den 20. April 1927, jeweils vormittags 8 Uhr, in der Aufbeschlagsschule in Karlsruhe; am Freitag, den 22. April und Samstag, den 23. April 1927, jeweils vormittags 8 Uhr, in der Aufbeschlagsschule in Freiburg; am Montag, den 25. April 1927 und Dienstag, den 26. April 1927, jeweils vormittags 8 Uhr, in der Aufbeschlagsschule in Weiskirchen und am Freitag, den 29. April 1927, vormittags 9 Uhr, in der Aufbeschlagsschule in Mannheim.

Wegen des Nacheinschlags auf die heute im „Staatsanzeiger“ veröffentlichte Bekanntmachung verwiesen.

#### Ultimatum Englands an Kanton?

Wie aus London gemeldet wird, wurde Donnerstag Abend in einer dringenden Sitzung des englischen Kabinetts im Unterhause zur Prüfung der Lage in China, besonders der Ausbreitungen gegen Engländer in Nanking, beschlossen, der kantonesischen Regierung eine Art Ultimatum zuzustellen, in dem Genußnahme für die Ermordung britischer Staatsangehöriger durch kantonese Regierungstruppen verlangt wird. Der linksliberale Londoner „Daily Herald“ will wissen, daß geplant werde, ein Ultimatum an die chinesische Regierung zu senden und für den Fall der Nichtannahme die Besetzung der Wufang-Forts und die Wiederaufnahme der Beschießung von Kanton anzuordnen, in Aussicht zu nehmen. Allerdings hänge alles von den Antworten ab, die Washington und Tokio erteilen werden.

„Times“ meldet, die Frage der Genußnahme für Nanking werde gegenwärtig zwischen Großbritannien, den Vereinigten Staaten und Japan erörtert, und es werde eine baldige Entscheidung erwartet. Die Gesandten der genannten Mächte in Peking hätten sich über die endgültigen Empfehlungen an ihre Regierungen geeinigt, und in London werde eine baldige Mitteilung über die Haltung Washingtons und Tokios erwartet. Die Notwendigkeit, auf energische Maßnahmen gegenüber den Urhebern der Verbrechen zu bestehen, werde durchwegs anerkannt. — Amerikanische Blätter wenden sich allerdings gegen ein Zusammengehen mit England.

Der New Yorker „World“ schreibt, der Hintergrund der Tatsache, daß jetzt von englischer Seite die Einheit der anglosächsischen Nationen proklamiert werde und der Grund für die Anfechtung Chinas als bolschewistisch seien englische Panzereisen. Die Haltung Coolidges zeige Verständnis für die den Vereinigten Staaten auferlegte Verantwortung. Sie zeige Toleranz gegenüber dem jungen, noch so chaotischen Nationalismus.

Der Oberbefehlshaber der Kantontuppen, Tschanglatsch, erklärte Pressevertretern, er werde die Vorgänge in Nanking sofort sorgfältig untersuchen lassen. Sollte die Untersuchung die Verantwortlichkeit der Nationalisten beweisen, so sei er bereit, den Ausländern volle Genußnahme zu geben und sogar die Verletzten und die Familien der Getöteten zu entschädigen. Er betrachte die Beschuldigung Nankings als ungerechtfertigt. Hinsichtlich der internationalen Niederlassungen ist die nationalchinesische Regierung entschlossen, nicht Gewalt in irgendeiner Gestalt anzuwenden, um eine Veränderung des Status zu bewirken. Nur friedliche Mittel sind in Aussicht genommen. „Aber solange ausländische Truppen und Kriegsschiffe es übernehmen, das Leben und Eigentum der Ausländer zu schützen und die Chinesen keinen Anteil an ihrem Schutze haben, so lange werden wir keine Verantwortung übernehmen.“

Auswärtiger Ausschuss des Reichstags. Die für heute, Freitag, angesetzte Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstags ist wegen des frühen Beginns der Plenarsitzungen des Reichstags auf Donnerstag, den 7. April, verschoben worden. Wie ein parlamentarisches Büro mitteilt, stehen auf der Tagesordnung dieser Sitzung folgende Gegenstände: 1. die Stellung Deutschlands im albanischen Konflikt, 2. Deutschlands Politik in China und 3. Deutsche Schiedsgerichtsbarkeit.

Das bayerische Handelsministerium. In der Frage der Wiederbehebung des bayerischen Handelsministeriums ist nun eine Einigung zwischen den Koalitionsparteien zustande gekommen. Ministerpräsident Heß übernimmt auch das Handelsministerium, aber mit Befristung. Staatssekretär im Handelsministerium wurde Hans Freiherr v. Welfer. Der bisherige Verweser dieses Amtes, Schmidt, hat seine Parteifreunde, die Deutschnationalen, erlucht, „von seiner Person absehen zu wollen“.

Das Berliner Stadtparlament gegen den kommunistischen Terror. In der Donnerstag-Sitzung des Berliner Stadtparlamentes brachte eine gemeinsame Erklärung sämtlicher Parteien, mit Ausnahme der Kommunisten, in scharfer Weise die Verurteilung des kommunistischen Terrors im Stadtparlament zum Ausdruck. Es wurde ferner beschlossen, bei den zuständigen Stellen auf eine wirksame Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in Berlin hinzuwirken, um auch den Terror auf der Straße, von welcher Seite er auch kommen möge, unmöglich zu machen. Der volksparteiliche Stadtverordnete Falz, der am Donnerstag von den Kommunisten am Weiterprechen verhindert worden war, konnte am Donnerstag keine Rede ungehindert zu Ende führen.

### Wirtschaftliche Umschau

In zwei Reden hat anlässlich der gegenwärtigen Ausstellung „Badische Wasserwirtschaft“ in Karlsruhe Finanzminister Dr. Schmitt auf die Notwendigkeit der Ruhrbarmachung der gewaltigen Naturkräfte hingewiesen, die unser Land in seinen Wasserläufen besitzt. Baden und seine Wirtschaft leiden, wie sich immer deutlicher zeigt, darunter außerordentlich, daß wir nun Grenzland geworden sind. Das zeigt sich im Rückgang der Steuerkapitalien, der stärkeren Erwerbslosigkeit als in den Nachbarländern, dem Verlust des Anschlusses an die linksrheinischen Wirtschaftsgebiete und auch im Rückgang des Fremdenverkehrs. Baden muß alles einsehen, um vor allem aus eigenen Kräften sich zu helfen. Die Ausnützung der Wasserkräfte aber kann hier dreifachen Segen bringen. Die Wasserkräfte schaffen nationale Güter und Beschäftigung, mit ihrem Ausbau ist der Ausbau des Rheines als Schifffahrtsstraße verbunden, sie schaffen auch die Möglichkeit zur Elektrifizierung der Bahnen. Keines von den dreien darf vernachlässigt werden, in richtigen Zusammenhang gebracht, müssen sie sich gegenseitig zum Nutzen des Gesamtwohles fördern. Die Entwicklung der Wasserkräfte im Verein mit der Förderung des Verkehrs zu Wasser und zu Lande bezeichnete der Minister als die erste badische Frage, stellte sie somit an die Spitze des Programms staatlicher Wirtschaftsförderung. Die musterhafte aufgeführte, auch für den Nichtfachmann hochinteressante Ausstellung erläutert die Ausführungen des Ministers am besten. Wir sehen hier Fertiges und Geplantes, und hören aus berufenem Munde dazu bedeutsame Einzelheiten. So wird der Oberrhein nach seinem nötigen Ausbau 3 bis 4 Milliarden Kilowattstunden erzeugen. Das im Bau befindliche Kraftwerk Niederschwarzstadt wird allein 130 000 PS schaffen und damit doppelt so viel als das vor seiner Fertigstellung stehende bayerische Kraftwerk an der Donau. Der Ausbau der sehr rentablen Schwarzwaldspeicherwerke ist notwendig, um bei besonders starkem Strombedarf jederzeit, namentlich auch im Winter, wenn die Wassermassen des Rheines geringer werden, Strom zu haben. Gegenwärtig sind Verhandlungen mit der Schweiz über die Schiffbarmachung des Oberrheins und die Regulierung des Bodensees im Gange, an denen alle Nachbarländer Badens interessiert sind. Der Oberrhein wird darnach zu einer Großschifffahrtsstraße für Rähne von 1200 bis 1500 Tonnen werden. Das Schlüsselwerk wird in seinen Maschinenräumen und Pumpen die größten der Welt besitzen. Es ist ein ganz großes Werk des Friedens, das hier das kleine Land Baden in Zusammenarbeit und Verständigung mit den Nachbarländern durchführt.

über den Bau des Rhein-Seitenkanals, den Frankreich im Elzast plant, während deutscherseits die Regulierung des Rheines zwischen Straßburg und der Steiner Schwellen befürwortet wird, ist in der französischen Kammer anlässlich der Erteilung der Konzession des Ausbaus der Kembscher Stufe an eine Privatgesellschaft, die „Société des Forges du Haut Rhin“ in Millhausen, ausführlich gesprochen worden. Dabei sei darauf hingewiesen, daß die Zeitungsmeldungen unzutreffend sind, wonach bereits die gesamte Konzession für den Rhein-Seitenkanal zwischen Straßburg und Basel erteilt worden sein soll. Mit dem Ausbau der Kembscher Stufe, wodurch der oberste und schwierigste Teil dieser Strecke, die Steiner Schwellen, überwunden wird, hat sich Deutschland bekanntlich bereits vor 5 Jahren einverstanden erklärt, so daß dieser Punkt überhaupt nicht mehr strittig ist. In der Aussprache befürwortete wie zu erwarten war, der französische Arbeitsminister Lardieu den Rhein-Seitenkanal. Er machte den Abgeordneten die Zustimmung zur Konzession für Kembsch schmackhaft, indem er die angeblichen Vorteile des großen Rhein-Seitenkanals für Wasserkraftgewinnung, Schifffahrts- und Industrieförderung schilderte, wobei er freilich nicht erwähnte, daß dessen Kosten etwa zehnmal so hoch wie die Rheinregulierung wären. Der Minister fand übrigens Widerspruch, da ein Abgeordneter die Kanalisierung der Rheinstrecke Straßburg-Basel, also den Bau von Stau- und Kraftstufen im Rheine selbst befürwortete, ein Plan, der früher auch deutscherseits Fürsprecher gefunden hat, jedoch etwas anderes als die Regulierung wäre und gleichfalls erheblich höhere Kosten als diese verursachen würde.

Am schnellsten und mit den geringsten Mitteln auszuführen bleibt die Rheinregulierung. Sie hat ferner den Vorteil, daß die Grundwasserstände nicht wesentlich verändert werden, daß das Rheinebett nicht für einen großen Teil des Jahres trocken wird, und daß der internationale Charakter der Rheinschifffahrtsstraße erhalten bleibt. Aus diesem Grunde hat seinerzeit auch die Schweiz einer Regulierung des Rheines auf der Strecke Straßburg-Basel zugestimmt. Die Rheinschifffahrtszentralkommission hat bekanntlich vor zwei Jahren beschlossen, daß auch die Rheinregulierung den Bestimmungen des Verfallter Vertrages entspricht.

Mit der Zustimmung zur Aufnahme einer Staatsanleihe von 10 Millionen und Zinsverbilligung für Anleihen der Wohnungsverbände und Städte für Wohnungszwecke bis zum Höchstbetrag von 5 Millionen hat der badische Landtag dem Wohnungsbau in Baden wieder einen erheblichen Schritt nach vorwärts gesichert. Dabei darf nicht vergessen werden, daß — was in der Landtagsdebatte nicht zum Ausdruck kam — außerdem noch erhebliche Mittel aus der Gebäudesondersteuer dem Land und den Gemeinden für Wohnungszwecke zur Verfügung stehen, die man wohl mindestens auf 20 Millionen Mark annehmen kann. Man rechnet jetzt mit der Erstellung von 10 000 Wohnungen in diesem Jahr. Damit wird Baden weiter an der Spitze der deutschen Länder stehen. Man darf annehmen, daß die eigentliche Wohnungsnot, wird das gleiche Tempo eingehalten, bereits Ende nächsten Jahres in unserem Lande behoben sein kann.

Auch die Lage auf dem Baustoffmarkt, die durch Preissteigerungen gekennzeichnet ist, wurde im Landtag besprochen. Es wird jetzt vom Reichsarbeitsministerium angeregt, eine zu starke Zusammenziehung von Bauvorhaben im ersten Teil des Jahres zu vermeiden und sie gleichmäßig auf das ganze Jahr zu verteilen, um nicht weitere Preissteigerungen, die sich bereits bei Zement, Ziegeln und Holz zeigen, zu verhindern. Zwischen Reich und Ländern sind übrigens Verhandlungen in der Frage der Holzpreise im Gange. Der Baustoffindex im Reich, der 1923 128 Proz. betrug, war im Spätjahr des vergangenen Jahres 164 Proz., und Ende Februar 166 Prozent. Er betrug allerdings anfangs 1925 176 Proz. Nach Ansicht des Reichsarbeitsministeriums ist eine Berechtigung zur Erhöhung der Baustoffpreise in sachlicher Hinsicht nicht gegeben.

Die Mologa-Angelegenheit hat in letzter Zeit die Öffentlichkeit ausgiebig beschäftigt, wobei es zu mannigfachen Anklagen gegen das Unternehmen und die dafür Verantwortlichen kam. Im schweren Jahr 1923 ins Leben gerufen, sollte die Mologa-Goldindustrie-Gesellschaft eine deutsche Musterkonzession in Rußland werden. Die Gesellschaft erhielt von Sowjetrußland das Recht zur Ausbeutung eines riesigen Waldgebietes, wofür sie allerdings eine Reihe Verpflichtungen u. a. Bahnbauten, Errichtung von Fabriken, erhebliche soziale Lasten, Beschränkungen im Devisenverkehr, übernehmen mußte. Seit längerem hat sich herausgestellt, daß diese Verpflichtungen zu schwer sind, ein rentables Arbeiten zu ermöglichen, daß die Waldbestände nicht so hochwertig sind, wie man annahm, daß das Kapital nicht ausreicht und daß die Möglichkeiten überhaupt überschätzt worden seien. Die Gesellschaft hat sich bei der russischen Staatsbank und deutschen Privatbanken verschulden müssen, und nun droht die Liquidation, da die Reichsregierung sich außerstande erklärt hat, die verlangte Subvention von 25 Millionen aus Reichsmitteln zu geben. Zunächst hat die Mologageellschaft die Geschäftsaufsicht beantragt, um Zeit für neue Verhandlungen zu gewinnen. Nur eine Verständigung zwischen der Gesellschaft und der russischen Regierung könnte ihr Weiterbestehen ermöglichen. Es müßte ihr ein rationelles Arbeiten durch Entlastung von den eingegangenen zu schweren Verpflichtungen gewährleistet werden. In diesem Falle hätte das Reich erklärt, an der Sanierung finanziell mitwirken zu wollen, wenn auch nicht durch direkte Subvention, aber durch Zusammenarbeit mit dem Hauptgläubiger der Mologa, der russischen Staatsbank, die, wie die deutschen Gläubiger, gleichfalls Verluste auf sich nehmen müßte.

Was hauptsächlich als Argument gegen finanzielle Reichshilfe angewendet wurde, war, daß privates Kapital für die Mologa interessiert werden müßte und könnte, wenn es sich um ein lebensfähiges Unternehmen handelt. Zweck letzteres nicht zu sein, kann

bürfte auch das Reich bei seiner gespannten Finanzlage nicht eintreten. Das beste Zeugnis für die Lebensfähigkeit der Mologa wäre das Interesse von privatem deutschem Kapital. Die an dem Unternehmen beteiligte Rhein-Elbeunion verfügt zweifellos über hinreichende Mittel, was freilich weniger für die gleichfalls beteiligte Firma Himmelsbach zutreffen dürfte. Allerdings hat der deutsche Holzhandel, auch der ostdeutsche, der die Verhältnisse am besten kennt, selbst nicht in Vorkriegszeiten die Ausbeutung von russischen Wäldern kaum irgendwo selbst in die Hand genommen. Er benützte dazu sog. „Kommissionäre“, aus Rußland stammende oder russische Kaufleute, die die Verhältnisse ganz genau kannten, überall ihre Agenten hatten, und auf eigene Gefahr das Holz auf dem Stamm kauften, zu den Klüffen brachten und dann verflößten. So kaufte z. B. die einst sehr bedeutende Memeler Holzindustrie in Rußland ein. Vergessen darf jedoch nicht werden, daß für die Gründung der Mologa seinerzeit nach Abschluß des Raballobvertrages außenpolitische Motive maßgebend waren, was auch darin zum Ausdruck kam, daß Dr. Birth als der Kanzler des Raballobvertrages an die Spitze des Aufsichtsrates berufen wurde. Auch heute, wo in Rußland verschiedentlich gegen Deutschland sich Mißtrauen zeigt, daß es sich in die gegnerische Front einfangen lassen könnte, hat man gegen ein demonstratives Nichtengagement solche Bedenken aufgeführt, wenn auch freilich Rußland an dem Unternehmen doch mindestens ebenso interessiert sein müßte wie Deutschland.

Politische Neuigkeiten

Das deutsch-französische Handelsprovisorium

Das provisorische Handelsabkommen zwischen Frankreich und Deutschland ist Donnerstagabend in Paris von Briand und Nolantowitsch einerseits und dem deutschen Vizekonsul von Goetz andererseits unterzeichnet worden. Das Abkommen enthält das provisorische Handelsabkommen bis zum 30. Juni d. J. Es enthält gleichzeitig ein Spezialabkommen über die Frage der Einfuhr der französischen Weine, deren Einfuhrkontingent auf 70 000 Hektoliter festgesetzt wurde und zwar für die Zeit zwischen dem 11. April und dem 30. Juni d. J. Diese französischen Weine werden demselben Zolltarif unterworfen, den die spanischen und italienischen Weine in Deutschland genießen. In dem Abkommen sind auch andere Spezialfragen, die sich auf das Eisatz und die Saar beziehen, geregelt. Die Berliner Blätter melden, daß kurz vor der Unterzeichnung noch eine Fühlungnahme der Reichsregierung mit den Vertretern der Regierungsparteien stattgefunden hat. In dieser Besprechung seien auch aus den Kreisen der Regierungsparteien ähnliche Bedenken geäußert worden, wie sie in der Kundgebung des Reichsverbandes der deutschen Industrie zum Ausdruck gekommen sind. Eine Berücksichtigung der Bedenken sei in Anbetracht des fortgeschrittenen Standes der Pariser Besprechungen nicht mehr für möglich gehalten worden. Der „Deutsche Allg. Ztg.“ zufolge soll jedoch von der Reichsregierung versprochen worden sein, den Bedenken bis zum Abschluß des endgültigen Handelsvertrages nach Möglichkeit Rechnung zu tragen.

Getränksteuer und Finanzausgleich

Obwohl das vom Steuerausschuß angenommene Gesetz über den Finanzausgleich, worin auch die Gemeindegetränksteuer geregelt wird, soll, wie aus Berlin berichtet wird, im Plenum des Reichstages erst in den nächsten Wochen verabschiedet werden; die bisherige Gemeindegetränksteuer wird ab 1. April außer Kraft gesetzt. Es wird lediglich die im Ausschuß beschlossene Biersteuer in Kraft treten. Zur Übergangsregelung für diese Biersteuer haben die Regierungsparteien im Reichstag folgenden Antrag eingebracht: Die Gemeinden, die am 31. März 1927 Steuern auf den örtlichen Verbrauch von Bier erhoben haben, bleiben zur Forterhebung dieser Steuer nach den bisher geltenden Vorschriften bis zum 30. Juni 1927 berechtigt.

Der Reichstag nahm den Gesetzentwurf der Abänderung der Arbeitszeitverordnung nach dem neuen Vorschlag der Reichsregierung an.

Die württembergische Nord-Süd-Verbindung. Dem zwischen der württembergischen Regierung, der Stadt Stuttgart und der Reichsbahnverwaltung vereinbarten Bau- und Verkehrsverträge stimmte der Verwaltungsrat der Reichsbahn zu. Der Reichsbahn werden Mittel zu möglichem Zinssatz von diesen Stellen zur Verfügung gestellt, die es ihr möglich machen, die Strecke Osterburken-Stuttgart-Immendingen als künftige Hauptverkehrsstrecke insgesamt zweigleisig auszubauen und die Umgestaltung der Stuttgarter Bahnanlage beschleunigt zu beenden.

Die bayerischen Städtstoffpläne. Die bayerische Regierung hat die Übernahme der Bürgerschaft einer 12-Millionen-Dollar-Anleihe der unteren Mark zu dem Zweck der Errichtung eines Städtstoffwerkes abgelehnt. Es handelt sich um ein Projekt, die Wasserkraft der unteren Mark zur Stromerzeugung und somit zur Gewinnung künstlichen Städtstoffes auszunutzen. Das Werk will 12 000 T. Städtstoff jährlich auf elektrolytischem Wege gewinnen.

Briand über den Völkerbund. In der französischen Kammer erklärte Briand: Wenn der Völkerbund, der vor nicht langer Zeit einen ernsten Konflikt zwischen zwei Balkanstaaten gezeugt habe, nicht mit dem südslawischen Zwischenfall bedacht worden sei, so sei dies darauf zurückzuführen, daß die Diskussion zwischen den interessierten Staaten in friedlicher Weise fortgedauere. Der Völkerbund betrachte sich nicht als zuständig für alle Zwischenfälle, wenn sich die interessierten Mächte geneigt zeigen, diese friedlich beizulegen.

Neuwahlen in Schwertin. Im Landtag von Mecklenburg-Schwertin wurde am Donnerstag der Gesetzentwurf über die einstweilige Regelung der Führung des Staatshaushaltes für das Jahr 1927 angenommen und damit zugleich die Auflösung des Landtages am 12. ... beschlossen. Die Neuwahlen sind auf den 22. Mai festgesetzt worden.

Im Danziger Volkstag wurde am Donnerstag über einen sozialdemokratischen Mißtrauensantrag gegen die Danziger Regierung wegen des Mißerfolges in Genf abgestimmt. Der Antrag wurde mit 50 gegen 46 Stimmen bei 1 Stimmenthaltung abgelehnt.

Erschließung der montenegrinischen Dynastie. In der südslawischen Slupschina wurde der von der Regierung vorgelegte Gesetzentwurf, der die Regierung berechtigt, der früheren montenegrinischen Dynastie ihren Grundbesitz zurückzuerhalten und den Mitgliedern der montenegrinischen Dynastie 42 Millionen Dinar als Entschädigung auszugeben mit 156 gegen 126 Stimmen angenommen.

In der fortgesetzten Debatte über den Kriegslastenetat

erklärte in der Vormittagsitzung, über deren Beginn wir bereits berichtet haben,

Abg. Cunaq (Deutschl.), daß die Steuerlasten des deutschen Volkes nicht mehr stärker angespannt werden können, zumal dies jedesmal automatisch eine Steigerung der Reparationslasten zur Folge habe.

Abg. Reil (Soz.) stimmt der Darstellung des Reparationsproblems durch Dr. Diefauer zu.

Abg. Dr. Schneider-Dresden (Deutschl.) betont gleichfalls die erfreuliche Übereinstimmung der Redner aller Parteien in der Reparationsfrage, obwohl es sich hier um den bedauerlichsten Etat handle.

Abg. Dr. Rosenberg (Komm.): Amerika hat sich Europa tributpflichtig gemacht. Nur eine grundlegende Änderung des Reparationsproblems könne dem deutschen Volk helfen.

Abg. Buchwitz (Soz.) erklärt: Die Mittel zur Entschädigung der Liquidationsgläubiger könnten nicht durch Ersparnisse auf Kosten der Kriegsbeschädigten und anderer Sozialerwerbnehmer werden; man müßte neue Steuern schaffen.

Darauf wird der Kriegslastenetat unverändert angenommen.

Kurz vor 1 Uhr wird die Sitzung bis 3 Uhr unterbrochen.

Am 3 Uhr wird die Sitzung wieder aufgenommen. In der zweiten Lesung des Haushalts des Reichsfinanzministeriums in Verbindung mit dem Etatsgesetz erklärt Abg. Simon-Schönbach (Soz.), es sei wünschenswert, daß man das Defizit von 4 Milliarden beseitigt habe: durch Höhererschätzung der Steuereinnahmen, Verwendung der Überschüsse für 1926 und Verminderung der Sozialausgaben. Das Prinzip sei geblieben: der Besteuerbare müsse Steuer zahlen wie vor Jahren. Die Besteuerung dagegen sei nicht halb so stark wie die Massensteuern. Auch der Rückgang der Lohn- und Umsatzsteuer sei nur ein Zeichen der Not. Der Redner beantragt Abschaffung der Zundersteuer, Besteuerung der Spekulationsgewinne, Erhöhung der Erbschafts- und Vermögenssteuer. Beseitigt werden müsse die Steuerfabrik der Landwirte. Im Preise Interzesse seien 60 Proz. aller Großbetriebe über 400 Morgen überhaupt steuerfrei geblieben. Die Steuerrückstände betrügen bereits 700 Millionen M. Sie müßten unter Schonung der kleinen Leute rückständiglos beigetrieben, die gesamte Finanzverwaltung müsse grundlegend reorganisiert, die Steuerapparate müssen ausgebaut werden.

Abg. Dr. Gerde (Deutschl.): Darüber, daß die Steuerverwaltung überlastet sei, wäre man sich einig. Da müßten die Aufgaben abgebaut werden. Das aber sei auch eine Beamtenvermehrung notwendig. Soweit sie das Ministerium gewünscht habe, sei sie ja auch im Ausschuß bewilligt worden. Der Redner befürwortet ferner einen Abbau der jetzt 10 Proz. betragenden Zinsen für Steuerrückstände. Ein Teil der Dauerangestellten müsse ins Beamtenverhältnis übergeführt werden. Zur Steuerfabrik würden die Deutschenationalen niemals ihre Hand bieten.

Abg. Dr. Schetter (Zentr.): Leider sei die Steuerverwaltung beim Volk aus begrifflichen Gründen nicht beliebt und eine verantwortungslose Presse schwäche die Stellung der Verwaltung noch mehr. Die Mängel über zu rigoroses Vorgehen der Finanzbehörden seien verflüchtigt. Die Grundlagen der Steuererhebung und -tarife müßten möglichst wenig geändert werden. Die Termine müßten vermindert und in ländlichen Gegenden in bestimmte Orte verlegt werden. Steuerrückstände bis 1924 solle man niederschlagen. Allerdings sei das Lohnsteuerentwurfen neunmal so hoch gewesen, wie das aus landwirtschaftlicher Einkommensteuer. Die von den Demokraten verlangte landwirtschaftliche Einkommensteuer würde den individuellen verschiedenen Verhältnissen in der Landwirtschaft nicht gerecht werden.

Abg. Dr. Gremer (Dt. Sp.): Für die Behandlung von Handwerk und Kleingewerbe müßten neue Richtlinien an die Finanzämter hinausgehen. Buch- und Betriebsprüfungen seien unbedingt erforderlich.

Abg. Höllein (Komm.): Auf je 900 Einwohner käme ein Steuerbeamter. Das komme daher, weil so komplizierte Steuererhebung gemacht würden.

Abg. Dietrich (Baben), (Dem.), verlangt energische Eintreibung der Steuerrückstände. Dem früheren Finanzminister könne man keine Vorwürfe machen, weil es ihm nicht gelungen ist, eine einheitliche Basis für die Steuerveranlagung zu schaffen, denn das sei die gewaltigste Aufgabe nach der Inflationszeit überhaupt. Am besten sei es, zunächst mal überhaupt keine neuen Gesetze zu machen. Der Redner empfiehlt den Antrag seiner Fraktion, die Landwirtschaft nach einheitlichem System zu besteuern. Der Redner verlangt ferner die Einführung eines dreijährigen Durchschnitts für die Einkommensteuerveranlagung.

Abg. Mollath (Wirtsch. Ver.) gibt dem Protest des gewerblichen Mittelstandes gegen die steuerlichen Überlastungen Ausdruck, die sogar zur Freiheitsberaubung ausgeartet sei.

Abg. Gerbe (Bav. Sp.) verlangt, daß endlich einmal Steigigkeit in die Steuererhebung einziehe und wendet sich gegen den Zentralismus des Abg. Gremer. Schwere Volksbehebung sei es, wenn die Linke immer behaupte, die Massenbelastung sei höher als die Besteuerung. Sie vergesse dabei, daß der Besitz auch noch durch Staats- und Gemeindesteuern belastet werde.

Reichsfinanzminister Dr. Rößler:

Das Jahr 1927 soll eine durchgreifende Vereinfachung in sachlicher und personeller Beziehung bringen; ich muß leider mit einer Vermehrung der Veranlagungs- und Vollstreckungsbeamten beginnen. Die Rückstände von mehr als einer halben Milliarde (Hört! Hört! links) sollen unbedingt eingezogen werden, allerdings unter Rücksichtnahme auf die Bedürftigen. Die Einziehung der Rückstände sind wir aber den Lohnsteuerpflichtigen schuldig, die ihre Steuern regelmäßig abführen müssen. Die Zahl der Steuerämter werde ich im Einvernehmen der Länder wesentlich vermindern. Die einzelnen Vorwürfe gegen die Finanzämter werde ich prüfen; ich werde mich aber entschieden gegen Verallgemeinerungen. Steuerfabrikation ist in einigen Fällen tatsächlich vorgekommen (Hört! Hört! links). Es sind in den letzten Tagen verschiedene Strafanträge gestellt worden.

Abg. Maier-Baden (Soz.) schildert an Hand von Einzelfällen, welche große Summen der Buchprüferdienst dem Reiche einbringe.

Ministerialdirektor Dr. Jardeß erklärt, das Ministerium denke nicht daran, die Buchprüferstellen zu beseitigen. Die tüchtigen Prüfer sollten werden.

Abg. Dorsch-Dessen (Deutschl.) beklagt sich über die große Zahl von Steuerarten und Steuerzetteln, die das neue Regime der Landwirtschaft gebracht habe.

Abg. Diez (Zentr.) erklärt das Branntweinmonopol für einen Fehlschlag.

Abg. Kus (Komm.) befragt Steuerhinterziehungen der Großbauern in der Rhein.

Abg. Bülow (Soz.) weist an der Hand der Denkschrift der Reichsregierung nach, daß im großen Umfange bei der Bewertung Steuerfabrikation getrieben werde.

Darauf verlegt sich das Haus auf Freitag vormittag 10 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht der Finanzausgleich

in Verbindung mit der Erhöhung der süddeutschen Biersteueranteile, der Hauszinssteuer und des Etats der allgemeinen Finanzverwaltung.

Abg. Graf Westarp (Dn.) erklärt namens der Regierungsparteien, diese begrüßten den entschlossenen Willen des Finanzministers, bei der zukünftigen Gestaltung des Reichshaushaltes eine größere Klarheit und Einfachheit herbeizuführen. Auch die Kassenführung sollte einheitlicher gestaltet werden. Die Schwierigkeiten, die sich bei der Etatsbalancierung ergeben, seien gewaltig. Die Auswirkungen der Steuererhöhungen vom Jahre 1925 und 1926 hätten sich erst in den letzten Monaten gezeigt. Die Reparationslasten machten sich in steigendem Maße fühlbar. Die Regierungsparteien hielten es für ihre Pflicht, auf die Tragweite unserer finanziellen Situation aufmerksam zu machen und darauf hinzuwirken, daß auf die Dauer das deutsche Volk die gegenwärtigen hohen Steuerlasten angesichts der Kriegs- und Inflationsverluste nicht tragen könne. Weitere Steuererhöhungen seien der Wunsch der Regierungsparteien gewesen. Diese Wünsche hätten aber bei der gespannten Etatslage zurückgestellt werden müssen. Man habe die populärere Steuererhöhung vermieden und wolle durch höhere Überweisungen den Ländern und Gemeinden die Möglichkeit zur Senkung der Realsteuern geben, die die Wirtschaft am schwersten treffe. Durch Ausdehnung des Finanzausgleichs auf zwei Jahre solle den Ländern und Gemeinden eine solidere Etatsgebarung ermöglicht werden. Ferner forderten die Regierungsparteien ein Reichsrahmengesetz für die Real- u. Hauszinssteuer. Die Gemeindegetränksteuer haben sie für Wein und Branntwein beseitigt. Die Erhöhung der Biersteueranteile halten die Regierungsparteien für innenpolitisch und finanziell begründet. Sie glauben, daß sie mit einfacher Mehrheit beschlossen werden kann.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten ist für den Durchschnitt des Monats März um 0,3 Proz. zurückgegangen.

Der vereinbarte Reichsstarifvertrag für das Baugeerbe ist von allen Beteiligten angenommen worden. Der Vertrag gilt vom April 1927 bis 31. März 1929.

Antisemitische Ausschreitungen in Rumänien. In verschiedenen Universitätsstädten Rumaniens sind neuerdings Studentenunruhen antisemitischen Charakters ausgebrochen. In Klausenburg wurden jüdische Studenten blutig geschlagen und in Czernowitz und Jassy jüdische Studenten durch die Straßen und demolierten die Auslagen jüdischer Kaufleute.

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung der Devisenbeschaffungsstelle vom 29. März d. J. beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold bis auf weiteres 84 sh 11 1/2 d, bzw. für ein Gramm Feingold 32,777 Pence.

Aus der Landeshauptstadt

Geh. Hofrat Prof. Dr. v. Bed, Direktor des Städt. Krankenhauses und Chefarzt der Chirurgischen Abteilung, befehlt heute sein 30jähriges Dienstjubiläum. Er übernahm am 1. April 1897 die Leitung des hiesigen alten Krankenhauses.

Geschäftsjubiläum. Die Kunsthandlung Geschwister Moos verbunden mit Kunstverlag und Galerie, blüht am 1. April auf ihr 25jähriges Bestehen zurück. Gründer waren Herr Ivan Moos und seine Schwester Hedwig, die 1922 aus der Firma austrat. Das Geschäft blühte rasch auf und erfreute sich heute weit über die Grenzen Badens hinaus des besten Ansehens. Mit der Eröffnung der Galerie, die sich seiner künstlerischen Richtung verschloß, wurde pulsierende Frische in das Karlsruher Kunstleben getragen. Die Verdienste der Firma auf diesem Gebiete hat kein Geringerer als Hans Thoma aufs wärmste anerkannt. Neuerdings ziehen auch die Moos'schen Kunstauktionen die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich. Die Leitung des Geschäftes befindet sich heute in den Händen des Gründers Ivan Moos und (seit 1920) seines Bruders Friedrich Moos.

Starker Besuch der Hygiene-Ausstellung. Die Hoffnungen, die man sich bei der Eröffnung der Hygiene-Ausstellung gemacht hat, scheinen sich voll und ganz erfüllen zu wollen. Während sich am Eröffnungstage selbst nur 268 Besucher in der Ausstellungshalle einfanden, hatte sich die Großzügigkeit des Gebotenen bereits am Sonntag so herumgesprochen, daß 840 Besucher gezählt wurden. Am Montag ist die Zahl sogar überschritten worden, denn 868 Personen besuchten die Ausstellung, am Dienstag fast ebensoviel, nämlich 857. Die Ausstellung konnte also in den ersten Tagen schon fast 3000 Besucher verzeichnen.

Prozess Schifferer. Das Schöffengericht Karlsruhe verhandelte am Donnerstag gegen den 45 Jahre alten früheren Direktor der Allianzversicherung A. G. Schifferer. Die Anklage warf ihm vor, daß er als leitender Direktor der Zweigstelle Stuttgart und Karlsruhe der Allianzversicherung A. G. diese Gesellschaft am 30.07. M. durch Veruntreuungen geschädigt und andere Betrüge verübt habe. Der Staatsanwalt beantragte wegen Veruntreuungen bei der Allianz 2 Jahre und wegen der beiden Betrugsfälle 4 bzw. 8 Monate Gefängnis und diese Strafen auf insgesamt 2 1/2 Jahre zusammenzufassen. Das Gericht verurteilte den Angeklagten nach fast 10tägiger Verhandlungsdauer wegen fortgesetzter Untreue aus Gewinnsucht, Unterschlagung und Betruges in zwei Fällen zu einer Gefängnisstrafe von 2 Jahren abzüglich 6 Monate Untersuchungshaft.

Beethoven's Missa solemnis, das gewaltigste Werk des großen Meisters, wird nach fünf Jahren wiederum in Karlsruhe erklingen. Die Mannheimer Volks-Gesellschaft, einer der besten gemischten Chöre Süddeutschlands, hat sich die riesige Aufgabe gestellt, die Mannheimer Erstaufführung, die am 28. d. M. im Nibelungenaal stattfand und vor ausverkauftem Hause jubelnde Aufnahme fand, bei uns in Karlsruhe kommenden Sonntag, den 8. April vormittags 11 Uhr in der Festhalle zu wiederholen. Nicht weisevoller können die verschiedenen Beethovenfeste dieser Tage beschlossen werden! Die gewaltigen Ausmaße des Werkes, aber auch der in gewissem Sinne kirchliche Charakter der Musik machen diese „Hohe Messe“ im Gottesdienste unmöglich. Beethoven begann bereits 1818 mit der Arbeit, doch wuchs ihm das Werk über den vorgesehenen Rahmen hinaus so sehr gewaltigen Dimensionen an, daß er erst im Jahre 1823 die Partitur vollenden konnte. Aufgeführt wurden zu Beethoven's Lebzeiten nur Teile der Messe, und auch nach seinem Tode hat sie sich erst langsam den Weg in den Konzertsaal erobert. Es ist begreiflich, daß dieser ganz außerordentlichen Veranstaltung, die unter Leitung von Prof. Schattschneider stattfinden wird, auch ein erstmalig auch das Orchester der Mannheimer Nationaltheater nach Karlsruhe bringt, regte Interesse aus allen Kreisen unserer Bevölkerung entgegengebracht wird. Über die Hälfte aller Karten ist bereits verkauft und da mit einem ausverkauften Hause gerechnet werden muß, ist es sehr empfehlenswert die Eintrittskarten im Vorverkauf bei Kurt Reufeldt, Waldstr. 39 zu lösen.

# Badischer Teil

## Badischer Landtag

24. Sitzung  
D. B. Karlsruhe, 31. März.

In der Nachmittags-Sitzung berichtet Abg. Dr. Hoffmann (Str.) namens des Rechtspflegeausschusses über den Antrag Gündert (D. Vpt.), der im Hinblick auf die bei den letzten Gemeindevahlen am 14. Nov. v. J. zutagegetretenen Mängel (herbeigerufen durch das Nebeneinander von amtlichen und nichtamtlichen Stimmzetteln die

### Reuordnung der Gemeindevahlbestimmungen

im Sinne einer Vereinfachung des Wahlverfahrens verlangt. Der Ausschuss empfiehlt diesem Antrage zuzustimmen und die Regierung zu ersuchen, den Entwurf einer abgeänderten Wahlordnung für die Gemeinde-, Bezirksrats- und Kreiswahlen dem Landtag rechtzeitig vorzulegen.

Abg. Dr. Oskier (D. Vpt.) unterstreicht als Antragsteller, daß über die Notwendigkeit einer Revision der Wahlordnungen keine Partei im Zweifel sei.

Abg. Egler (Str.) schlägt folgende Fassung des Antrages vor:

1. Die Wahlordnungen für die Gemeinde-, Bezirksrats- und Kreiswahl sind einer wesentlichen Vereinfachung zu unterziehen;

2. für jede der zusammengelegten Wahlen wird je ein amtlicher Stimmzettel zugrunde gelegt, auf dem zunächst die Landtagsparteien in der Reihenfolge ihrer letzten Stärke, am Schluß etwaige neue Wahlvorschläge nach Maßgabe der Priorität ihrer Einreichung aufgeführt sind.

Abg. Dr. Engler (Soz.) stellt fest, daß man im Ausschuss darüber einig war, daß für alle Wahlen ein amtlicher Stimmzettel einzuführen ist. Der Antrag des Zentrums sei abzulehnen, da die Regierung freie Hand behalten soll. Man dürfe die Schwierigkeiten, die in der Verschiedenheit der Körperlichkeiten liegen, nicht übersehen.

Abg. Dost (Komm.) stimmt dem Ausschussantrage zu und erklärt: Auch wir sind der Meinung, daß die Reihenfolge der Parteien entsprechend ihrer Stärke festgesetzt wird.

Abg. Bertle (Bürg. Vgg.) ist gleichfalls für amtliche Stimmzettel und glaubt, daß durch eine Trennung der Wahlen die Wahlflaute nur gefördert würde.

Abg. Dr. Volkhard (Dem.) führt aus, man dürfe die Sache nicht vom Standpunkt des gewiegten Politikers, sondern von dem des einfachen Wählers aus betrachten. Es sollte das Mögliche an Vereinfachung geschehen und eine Tradition in die Sache kommen. Besonders dürften die Nummern der historischen gewordenen Parteien nicht mehr wechseln. Der Zentrumsantrag wird mit 30 gegen 20 Stimmen abgelehnt. Der Ausschussantrag einstimmig angenommen.

Ein Gesuch des B. Stiefvater, Hochhausen, zum gleichen Gegenstand wird der Regierung als Material überwiesen.

### Gesuche

Abg. Graf (Soz.) erstattet Bericht über die Eingabe der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten betr. behördliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Sie wird der Regierung zur Kenntnisnahme überwiesen.

Abg. Dr. Hoffmann (Str.) berichtet über ein Gesuch des Bad. Gastwirteverbandes E. B., das sich gegen die Errichtung einer Schankwirtschaft mit Rasseauschank in Baden-Baden durch die Brauerei Sinner richtet.

Das Haus beschließt bei Stimmenmehrheit der Bürgerl. Vereinigung und Kommunisten Übergang zur Tagesordnung. In gleicher Weise wird ein Gesuch erledigt, das die Einstellung der Kehrbezirke in Mannheim behandelt.

Es folgt die Beratung über die Gesuche des Verwaltungsinspektors a. D. A. Rudy in Karlsruhe um Rechtsbeihilfe bezw.

### die Verhältnisse beim Badenwerk.

Der Berichterstatter des Ausschusses für Gesuche und Beschwerden, Abg. Dees (Dem.), leitet seinen eingehenden Bericht mit folgenden Bemerkungen ein: Der Fall hat eine gewisse politische Bedeutung dadurch erlangt, daß er der Presse einer bestimmten Parteirichtung zu scharfen Angriffen gegen den früheren badischen Finanzminister und jetzigen Reichsfinanzminister Anlaß gab. Durch die öffentliche Erörterung hat die Angelegenheit eine Bedeutung erhalten, die ihr von Haus aus nicht zukommt. Es ist nicht Sache des Berichterstatters, auf die politische Seite einzugehen. Er hat sich vielmehr rein sachlich mit dem Inhalt der Gesuche und den dazu gemachten Feststellungen zu befassen.

Abg. Dees tritt dem Vorwurf entgegen, als ob der Landtag bezw. der Ausschuss oder sonst jemand die Behandlung der Eingaben verschleppt hätte. Während des dienstpolizeilichen Verfahrens konnte keine Rede davon sein, daß der Landtag sich mit der Sache beschäftigt. Am 2. Februar d. J. gelangte der Berichterstatter in den Besitz des umfangreichen Aktenmaterials; der Gesuchsteller wünscht Wiederaufnahme in den Staatsdienst und eine Entschädigung von 1000 M. Der Berichterstatter geht dann auf die von Rudy erhobenen Beschwerden und Beschuldigungen gegen die Geschäftsführung des Badenwerks im einzelnen ein; sie waren sämtlich Gegenstand des dienstpolizeilichen, bzw. gerichtlichen Verfahrens. Auf Grund des Tatsachenmaterials und des Gutachtens des Treuhänders kommt der Berichterstatter zu dem Schluß, daß sich die Vorwürfe Rudy's, die er in den Eingaben an den Landtag trotz alledem wiederholt, nicht im geringsten aufrechterhalten lassen, und daß die Geschäftsführung des Badenwerks einwandfrei war und ist. Er stellt nach zweifelhafte Darlegungen im Auftrage des Ausschusses den Antrag, über die Gesuche Rudy's vom 26. Nov. 1925, 18. Januar 1926 und 18. Nov. 1926 zur Tagesordnung überzugehen. Um 1/2 Uhr wird die Sitzung abgebrochen.

Nächste Sitzung Freitag 9 Uhr.

### 25. Sitzung.

D. B. Karlsruhe, 1. April.

Eingegangen ist ein Gesuch der Stadtgemeinde St. Blasien zum Bahnbau Titisee-St. Blasien.

### In der Aussprache über den Fall Rudy

nimmt zunächst Abg. D. Mayer-Karlsruhe (Bürg. Ver.) das Wort. Er lehnt es gleich dem Berichterstatter ab, die Sache auf das politische Geleis zu schieben, weil sie mit der Politik auch nicht das Geringste zu tun habe. Mit dem Antrage des Ausschusses könne er nicht einverstanden sein. Der Redner erinnert an die Behandlung der förmlichen Anfrage seiner Partei am 6. Juli v. J. Es sei nicht wahr, daß er den Landtag genötigt hätte, sich mit Rudy zu beschäftigen. Dies sei aufs breitesten von anderer Seite geschehen. Er, der Redner, habe damals getadelt, daß die Behörde den umlaufenden Gerüchten nicht schon länger ein Ende gemacht hat. Er tadelt dies auch heute noch. Dem Beg. den das Badenwerk gegangen sei, um einen unangenehmen Kritiker los zu werden, könne man nicht für richtig halten. Das Urteil auf Dienstentlassung ohne Aufgehalt überschreite alles Maß und Ziel. Der die Untersuchung führende Disziplinarbeamte habe eine wesentlich mildere Auffassung bekundet und geglaubt, die

Entlassungen wären mit einem Verweise zu ahnden. Der Redner befreit die böswillige Absicht Rudy's bei Abfassung der Denkschrift. Darin hätte übrigens nichts gestanden, was nicht seit Jahren bekannt gewesen wäre. Wie könne man da von Vertrauensbruch reden? Rudy sei von Anfang an ganz loyal vorgegangen und habe sich zunächst an eine Stelle gewandt, der er sich glaubte anvertrauen zu können (Zuruf des Abg. Dr. Engler: Das ist eben das Bemerkliche, daß sich Rudy nicht an seine vorgesetzte Behörde wandte!). Dem Badenwerk sei durch die förmliche Anfrage kein Schaden zugefügt worden. Anknüpfend an die Bereitwilligkeit, die Parteien des Urteils, das nach Ansicht des Redners ein Fehlurteil darstellt, zu mildern, schlägt der Abg. D. Mayer mit der Bitte, seinem Antrag auf Überweisung der Gesuche zur Kenntnisnahme zuzustimmen.

### Finanzminister Dr. Schmitt.

Noch selten hat der Landtag mit so großer Spannung einem Berichte zugehört, wie gestern dem vom Abg. Dees erstatteten. Ich war der Meinung, daß sich darnach eine Debatte erübrigt. Nach der Rede des Abg. D. Mayer muß ich aber mit aller Deutlichkeit den Standpunkt der Regierung darlegen. Die Kritik an dem Urteil bedeutet einen schweren Vorwurf nicht gegen den Minister, sondern gegen die Beamten des Ministeriums, die in kollegialer Beschlussfassung das Urteil gesprochen haben. Jetzt nach den Ausführungen des Abg. D. Mayer kann ich nicht mehr der Meinung sein, daß die Sache unpolitisch aufzufassen sei. Der vergangene Minister, wie auch ich treten ein für das Urteil, das einen Akt der Notwehr des Staates und der Staatsautorität darstellt. Es handelt sich ferner um den Schutz der Beamten gegen Ausschüffelungen, durch einen anderen Beamten. Ich habe nicht den Eindruck, daß die Bürgerliche Vereinigung Rudy von den Redaktionen abgestützt hat. Es drängt sich die Frage auf: Worum traut man denn dem Badenwerk und seinen Beamten etwas beartigt zu? Das Entscheidende des Disziplinarverfahrens ist die Ausfolgung einer Denkschrift an den wirtschaftlichen Gegner. Das war Verrat, das war Bruch eines Treuverhältnisses. Da mußte sich der Staat in Selbstbefugung fügen: Einen solchen Mann können wir nicht brauchen, einzeln, ob Verbitterung, guter Glaube, Leidtinn oder Überhebung die Motive waren (Zuruf: Sehr richtig!). Ein solcher Mann kann auf keinen Fall Beamter des Badenwerks und des Staates sein. Man hat gesagt, Rudy sei loyal vorgegangen. Ich weise darauf hin, daß der Syndikus des Stromabnehmerverbandes, des wirtschaftlichen Gegenpielers des Badenwerks, die ihm von Rudy ausgehende Denkschrift alsbald dem Ministerium übergeben hat mit dem Bemerkten, daß die Denkschrift unanständig und ungebührlich sei (Verbhaftes hört, hört!). Jeder Beamte hat das Recht, Tatsachen seiner vorgesetzten Behörde und dem Ministerium zur Kenntnis zu bringen; aber sie müssen wahr sein. Sind sie es nicht, dann ist der betreffende Beamte zur Verantwortung zu ziehen. Der Disziplinarbeamte hierzu konnte Rudy über die Denkschrift nicht vernehmen, weil Rudy sich geweigert hat, sich darüber auszulassen (Hört, hört!). Was am Verhalten Rudy's am schärfsten verurteilt werden muß, ist die Tatsache, daß er geschwiegen hat. Er hat von Anfang an Material gesammelt gegen das Badenwerk und seine Mitarbeiter und damit Monate gewartet, bis ihm der Zeitpunkt günstig schien. Ein solches Spionieren gibt es nicht; solche Leute müssen wir uns vom Leibe halten. Wir müssen eintreten für die Ehre der Beamten, die schwer angegriffen worden sind. Nehmen Sie aus dieser Debatte die Überzeugung mit: das Badenwerk steht auf guten Füßen, steht rein da. Seine Direktoren zeichnen sich aus durch Kenntnisse und Fähigkeiten, wie sie selten anzutreffen sind. Aber Sie Kritik um der Sachlichkeit willen, nicht aus Mißtrauen, da das Badenwerk Vertrauen verdient. Schädigt man sein Ansehen, so geht es auf Kosten der beabsichtigten Elektrifizierung unserer Bahnen, die wir mit Hilfe des Badenwerks durchführen wollen (Verbhaftes Zustimmung bei den Regierungsparteien).

Abg. Weismann (Soz.) spricht dem Berichterstatter den Dank aus für seine mühselige Arbeit. Der Versuch, die Sache unpolitisch zu gestalten, sei zurückzuweisen. Der Fall Rudy würde nicht die Bedeutung erlangen haben, wenn sich die Bürgerliche Vereinigung nicht hinter Rudy gestellt hätte. Es sei auch kein Zufall, daß sich die Reichspresse des Falles besonders angenommen habe. Die Verschleppung der Behandlung im Landtag liege nicht bei den Parteien, die dem Ausschussbeschluss zugestimmt haben. Man sei auf der Gegenseite mit bestimmter politischer Absicht vorgegangen. Woher nimmt ein Mann wie Rudy, der an einer Garinachtigkeit und Einseitigkeit sondergleichen leide, das Recht, als öffentlicher Ankläger aufzutreten? Von 16 Fällen, die der Berichterstatter vorgetragen habe, sei so gut wie nichts übrig geblieben. Er, der Redner, bemerke darüber die Dreifachheit Rudy's, seine Wiederentstellung in den Staatsdienst zu verlangen, und den Mut des Abg. D. Mayer, den Antrag auf Überweisung zur Kenntnisnahme zu stellen.

Abg. Schneider (Zentr.) führt unter Dankesworten an den Berichterstatter aus, daß dessen Darlegungen eine von außen völlig unabhängige Beurteilung des Falles erlaubten. Die Ehre der Beamten sei aufs Schwerste getränkt worden. Der Redner stellt in einigen speziellen Fällen nochmals die Haltlosigkeit der Anlage Rudy's fest, der in einer Weise gegen Pflicht und Takt verstoßen habe, daß man dem Ausschussantrag unbedingt zustimmen muß.

Abg. Dr. Oskier (D. Vp.) besagt, daß der Fall Rudy eine ungehörliche Bedeutung erlangt habe. Der sachlich ausgezeichnete Bericht des Abg. Dees gebe die Möglichkeit, sich ein Bild zu machen, unabhängig von dem, was von außerhalb den Abgeordneten, die die Denkschrift erhalten und gelesen, aber davon keinen Gebrauch gemacht haben. Das Vorgehen Rudy's sei von Anfang an schlerhaft und zu verurteilen gewesen. Der Redner hält aber im Hinblick auf diesen Fall das ganze Disziplinarverfahren für außerordentlich reformbedürftig, da man nicht zugleich Ankläger und Richter sein könne. Sühne müsse sein. Sie sei aber sehr hart ausgefallen. Rudy habe sich in der Überzeugung, daß ihm Unrecht geschehen sei, in einen Zustand hineingerannt, der vielleicht psychopathisch zu werten sei. Deshalb stimme man dem Antrag D. Mayer zu mit der Bitte, Rudy im Gnadewege die Pension ganz oder wenigstens teilweise zu geben.

Abg. Schred (Komm.) erklärt, daß man sich auf seiner Seite der Stimme enthalten werde.

Abg. Dr. Volkhard (Dem.) meint, es seien der Gründe genug, um die sofortige Entlassung Rudy's zu rechtfertigen. Man müsse den Beamten des Badenwerks dafür danken, daß sie durch den Treib und Klatsch nicht zermürbt worden sind. Auch er sei für eine Reform des Disziplinarrechts. Im vorliegenden Fall aber wäre jede Disziplinar-Kammer im Reiche zum gleichen Erkenntnis gekommen. Rudy sei ein typischer Querculant, dem man viel zu viel Bedeutung beilegt habe.

Abg. Dr. Engler (Soz.) stellt gegenüber gewissen Andeutungen fest, daß die württembergische Elektrizitätswirtschaft mit dem Badenwerk auf gutem Fuße stehe und von ihm im Nachbarlande keineswegs despektierlich gesprochen werde. Rudy sei es bei seinem Tun verlegen, etwa Besserungen zu wollen, sonst hätte er seiner vorgesetzten Behörde über angebliche Mängel jeweils rechtzeitig Mitteilung gemacht. Rudy sei durch die Stellungnahme der Bürgerlichen Vereinigung der Milderung gestärkt worden. Man dürfe, so schließt der Redner, auf die Leistungen des Badenwerks stolz sein, und sollte alles tun, um es zu fördern, damit es seine wichtigen Aufgaben für die badische Wirtschaft erfüllen kann.

Abg. Mayer-Heidelberg (Soz.) wendet sich dagegen, daß die Gesuche der Regierung zur Kenntnisnahme überwiesen werden, und polemisiert gegen die einen solchen Beschluß befürwortenden Parteien. Der Ausgang des Falles setze, daß gegen das Badenwerk ein berechtigter Vorwurf nicht erhoben werden könne.

Nach kurzen Bemerkungen der Abg. Frau Richter (Bürg. Ver.) und dem Schlußwort des Abg. D. Mayer-Karlsruhe wird dessen Antrag mit 39 gegen 15 Stimmen der Bürgerlichen Vereinigung und der Volkspartei abgelehnt, der Antrag des Ausschusses auf Übergang zur Tagesordnung mit 36 gegen 11 Stimmen der Bürg. Vereinigung und Kommunisten bei 7 Enthaltungen der Volkspartei angenommen. Es folgt ein Bericht des

Abg. Haas (D. Vp.) über das Gesuch des Bad. Verbandes für Frauenbestrebungen Heidelberg-Mannheim um staatliche Anerkennung der

### Montessori-Schule in Freiburg

als Privat-Grundschule. Er gibt einen interessanten Einblick in diese Unterrichtsmethode und stellt den Antrag, die Eingabe der Regierung zur Kenntnisnahme zu überweisen. Diesem wird ohne Debatte einstimmig zugestimmt.

Einige Gesuche persönlicher Natur werden gemäß den Ausschussbeschlüssen erledigt und darnach die Sitzung gegen 1/2 Uhr geschlossen.

Nächste Sitzung: Donnerstag, 7. April, vormittags 10 Uhr: Zweite Lesung des Kirchenvermögensgesetzes, Dentistenkammer usw.

## Handel und Wirtschaft

### Berliner Devisennotierungen

	2. April		31. März	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.51	168.93	168.51	168.93
Kopenhagen 100 Kr.	112.37	112.65	112.37	112.65
Italien . . . 100 L.	19.815	19.855	19.33	19.37
London . . . 1 Pf.	20.454	20.505	20.454	20.505
New York . . . 1 D.	4.212	4.222	4.2115	4.2215
Paris . . . 100 Fr.	16.50	16.54	16.50	16.54
Schwiz . . . 100 Fr.	81.02	81.22	81.025	81.225
Wien . . . Schilling	59.24	59.30	59.24	59.38
Prag 100 Kr.	12.468	12.508	12.468	12.508

## Staatsanzeiger

### Bekanntmachung

Der Reichsarbeitsminister, Berlin, den 2. März 1927.  
IV. 1724/27.  
Beschäftigung ausgeteuerter Erwerbsloser bei Notstandsarbeiten.

An den Herrn Preussischen Minister für Volkswohlfahrt in Berlin.

Im Einvernehmen mit dem Herrn Reichsminister der Finanzen erkläre ich mich ergebenst damit einverstanden, daß den Gemeinden auch diejenigen Wohlfahrtspflegemittel, die sie vom 1. Oktober 1926 an bis zum Inkrafttreten der Krisenfürsorge als Grundförderung für die Beschäftigung von Ausgeteuerter bei Notstandsarbeiten aufgewendet haben, nach den Bestimmungen meines Rundschreibens vom 5. Oktober 1926 — IV 12 719/26 — zur Hälfte aus Reichsmitteln erstattet werden.

Abschrift an die obersten Landesbehörden für Erwerbslosenfürsorge zur Kenntnis.

### Im Auftrage:

gez. Dr. Weisiegel.

Nr. 29 247.

Den Bezirksämtern, Bezirksfürsorgeverbänden, Kreisen, Gemeinden, öffentlichen Arbeitsnachweisen wird Vorstehendes zur Kenntnis gebracht.

Auf den diesseitigen Erlass vom 15. Oktober 1926 Nr. 119 247 (Karlsruher Zeitung vom 19. Oktober 1926 Nr. 242) und den Runderlass vom 26. Oktober 1926, Nr. 124 003, wird hingewiesen.

Karlsruhe, den 28. März 1927.

Der Minister des Innern

J. B. Föhrenbach

### Bekanntmachung

#### Prüfung im Aufbeschlag.

Die nächsten öffentlichen Prüfungen im Aufbeschlag finden statt:

am Dienstag, den 19. April 1927 und  
Mittwoch, den 20. April 1927,  
jeweils vormittags 8 Uhr,

in der Aufbeschlagsschule in Karlsruhe,  
am Freitag, den 22. April 1927 und  
Samstag, den 23. April 1927,  
jeweils vormittags 8 Uhr,

in der Aufbeschlagsschule in Freiburg,  
am Montag den 25. April 1927 und  
Dienstag, den 26. April 1927,  
jeweils vormittags 9 Uhr,

in der Aufbeschlagsschule in Wehrhahn,  
und am Freitag, den 29. April 1927,  
vormittags 9 Uhr,

in der Aufbeschlagsschule in Mannheim.

Anmeldungen sind schriftlich spätestens bis zum 10. April 1927 bei dem Bürgermeisteramt des Wohnortes unter Anschluß des Geburtscheines des Bewerbers und eines bürgermeisteramtlich beglaubigten Nachweises über eine mindestens vierjährige Tätigkeit im Schmiedehandwerk einzureichen. Das Bürgermeisteramt hat das Gesuch umgehend dem Ministerium des Innern vorzulegen, das über die Zulassung des Bewerbers zur Prüfung entscheidet.

Karlsruhe, den 29. März 1927.

Der Minister des Innern:

Kemmel

## Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurufsetzungen usw.

### der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

berufen:

Kanzleihilfswart Benedikt Wagner beim Bezirksamt Karlsruhe zu jenem in Rosbach.

Ministerium des Kultus und Unterrichts

### Planmäßig angestellt:

die Sanftbetriebslehrerin Luise Weiser in Heidelberg als Fachlehrerin daselbst.

### Entlassen:

Handelslehrling Dr. Ernst Schmitt an der Handelsschule in Pforzheim.

**Badisches Landestheater**

Spielplan vom 2. April bis 12. April 1927

a) Im Landestheater:  
 Samstag, 2. April. \* G 22. Th.-Gem. 2. S.-Gr. **Thomas Paine**. 8-10 1/2 (5.-).  
 Sonntag, 3. April. Nachmittags: 14. Vorstellung der Sondermiete für Auswärtige: **Taifun**. 3-5 1/2 (3.-). Abends: \* D 21 (Donnerstagsmiete). **Bar und Zimmermann**. 7 1/2 b. g. 10 1/2 (8.-).  
 Montag, 4. April. Th.-Gem. 3. S.-Gr. und 601-700. 9. **Sinfonie-Konzert**. 8-9 1/2 (4.-).  
 Dienstag, 5. April. Geschlossene Vorstellung für die an Ostern zur Entlassung kommenden Volksschüler: **Fidelio**. 6-8 1/2 (-).  
 Mittwoch, 6. April. Außer Miete (erstes Vorrecht Miete C). Gastspiel **Georges Baklanoff: Rigoleto**. 8-10 1/2 (9.-).  
 Donnerstag, 7. April. \* D 22 (Donnerstagsmiete). Th.-Gem. 1. S.-Gr. **Thomas Paine**. 8 bis n. 10 (5.-).  
 Freitag, 8. April. \* E 22 (nicht Freitagmiete). **Der Barbier von Sevilla**. 8 bis g. 10 1/2 (7.-).

Samstag, 9. April. \* C 21. Th.-Gem. 3. S.-Gr. Erstaufführung: **Der Patriot** von Alfred Neumann. 7 1/2-10 1/2 (5.-).  
 Sonntag, 10. April. Nachmittags: 15. Vorstellung der Sondermiete für Auswärtige: **Madame Butterfly**. 3 bis n. 5 1/2 (4.-). Abends: F 22 (Freitagmiete) Th.-Gem. 101 bis 200. **Fidelio**. 7 1/2-10 1/2 (8.-).  
 Montag, 11. April. Volksschule 8. **Das Gras des unbekanntem Soldaten**. 8 b. n. 10 (5.-). Der 4. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigegeben.  
 Dienstag, 12. April. \* G 23 Th.-Gem. 1-100 und 201-300 **Sonarte**. 7 1/2 b. n. 10 1/2 (5.-).  
 b) Im städt. Konzerthaus:  
 Sonntag, 3. April. \* Stöpsel. 7 1/2-9 1/2 (4.-).  
 Donnerstag, 7. April. Gastspiel: **Der blaue Vogel**. 8 b. n. 10 (4.-).  
 Freitag, 8. April. Gastspiel: **Der blaue Vogel**. 8 b. n. 10 (4.-).  
 Sonntag, 10. April. \* Alt-Deidelberg. 7 b. g. 10 (4.-).  
 Rundfunkstunde des Bad. Landestheaters  
 Freitag, 8. April. 6.45 Uhr.

Die 3. Abonnementrate möge vom 1. bis einschl. 4. April an der Vorverkaufsstelle einbezahlt werden. Vom 5. April ab Hauseinzug.  
 Vorankündigung des Badischen Landestheaters  
 Sonntag, den 17. April und Montag, den 18. April 1927: **Parifal**, Gastspiel von **Villy Haffgen**.  
 Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Infolge der heutigen Niederschläge, die in höheren Lagen als Schnee fielen, sind die Temperaturen unseres Landes um etwa 2 Grad zurückgegangen. Im Gebirge liegen heute ab 800 Meter bis zu 10 Zentimeter Neuschnee. Der gestern bei England gelegene Wirbel ist rasch nach Osten vorgezogen und befindet sich heute über Nordfrankreich. In seinem Bereiche herrschen stürmische Winde. Da der Wirbel die östliche Zugrichtung noch beibehält, ist auch bei uns mit baldigem Aufreißen des Windes zu rechnen. Nach Vorüberzug des Wirbels ist mit der nordwestlichen Rückseitenströmung weitere Abkühlung zu erwarten. Prognose: Etwas kühler, zeitweise Niederschläge in Schwaben bei böigen Winden, im Gebirge Winterwetter mit Schneefällen.

**Festhalle**  
 Sonntag, 3. April, 11 Uhr vormittags  
**Volks-Singakademie Mannheim**  
 mit dem gesamten  
**Mannheimer Nationaltheater-Orchester**  
 Leitung: Prof. Arnold Schattschneider

**Missa solemnis**  
 von **Beethoven** 260

Solisten: **Wally Kirsamer**, Frankfurt, Sopran; **Lilly Haas**, Wiesbaden, Alt; **Antoni Kohmann**, Frankfurt, Tenor; **Wilhelm Fenton**, Mannheim, Bass; **Max Kergl**, Mannheim, Violine; **Wilhelm Krauß**, Karlsruhe, Orgel.  
 Karten zu 2, 3, 4 und 5 Mark bei **Kurt Neufeldt, Waldstr. 39**

**II. Kunst - Auktion**  
 in der **Galerie MOOS, Karlsruhe**  
 Kaiserstraße 187, 1 Tr.

Wir versteigern im Auftrag am 255  
**Mittwoch, 6. April** Vormittags 11-1 Uhr  
**Donnerstag, 7. April** Nachmittags 3-6 Uhr

**180 Gemälde** alter und neuer Meister ferner **Antiquitäten** aller Art, **Bronze, Silber, Porzellan, Zinn, Stilmöbel, Teppiche usw.**, darunter je 1 kompl. **BIEDERMEIER** und **LOUIS XVI.** Zimmer **I eleganter Salon** (wie neu), **Perser-Teppiche, Kelims** u. a. in allen Größen, darunter prachvolle Stücke, **I Sammlung japanischer Farbholschnitte.**

**Vorbesichtigung:** In den Räumen der Galerie Samstag, den 2. April von 10-1 und 3-7 Uhr  
 Sonntag, den 3. April von 10-1 und 2-4 Uhr  
 Montag, den 4. April von 10-1 und 3-7 Uhr  
 Dienstag, den 5. April von 10-1 Uhr.

**Frühjahrs-Zuchtwiehmarkt**  
 (Zuchtwiehschau)  
 in **Mehrfach am Mittwoch, den 4. Mai 1927.**

Die Zuchtgenossenschaft Mehrfach, die auf der D.L.G.-Ausstellung in Stuttgart 1925 neben der höchsten Auszeichnung für Genossenschaftsammlung 2 erste Einzelschäferfammungspreise, ferner 2 Siegerpreise, 12 Ehrenpreise, 15 erste Preise, 5 zweite Preise, 1 dritte Preise, 1 vierten Preis und 6 Anerkennungen erhielt, hält am **Mittwoch, den 4. Mai 1927** in der Viehmarkthalle in Mehrfach ihren großen

**Frühjahrs-Zuchtwiehmarkt**  
 ab; tagsüber findet eine Prämierung von Faren und Kalbinnen statt. Der Markt, der mit über 500 ausgewählten Faren, Wintern und Kalbinnen besetzt wird, bietet günstige Einkaufsgelegenheit von allerbesten, markierten, im Herdbuch eingetragenen, mit weitgehendstem Abstammungs-Nachweis versehenen Zuchttieren.  
 Zu zahlreichem Besuch laden wir höflichst ein.  
 Mehrfach, den 26. März 1927.  
 Direktion der Zuchtgenossenschaft. Der Gemeinderat.

**Holz-Versteigerung**

teils vor, teils nach dem Einschlage aus den Staatswaldungen des **Saargebietes** der Oberförstereien, bezw. Forstämter **Karlsbrunn, Saarbrücken, Reunkirchen, Fischbach, Saarlouis, St. Wendel, Neuhäusel, Somburg, St. Ingbert am Montag, 11. April 1927, von früh 9 1/2 Uhr ab, zu Saarbrücken im Johannishof:**  
 etwa 670 fm Eichenstammholz I.-V. Klasse und Schwellenholz,  
 etwa 2200 fm Buchen- und Eichenstammholz I.-V. Kl. und Schwellenholz,  
 etwa 3700 fm Nadelstamm-, Stangen- u. Schwellenholz,  
 etwa 3500 fm Grubenstamm- und Stangenholz, sowie sonstiges Lang- und Stangenholz verschiedener Holzarten,  
 etwa 3600 m Grubenstamm- und sonstiges Schichtenholz,  
 etwa 17600 m Brennholz.

Losverzeichnis mit einem Auszug aus den Versteigerungsbedingungen und auf Wunsch auch der unveränderten Ausführungsbedingungen versandt gegen Vorinsendung von 10 fr. das Büro der Abteilung Forsten der Regierungskommission des Saargebietes, Neues Landgericht, Zimmer Nr. 235. G. 258

**Städtische Sparkasse Königshofen (Baden)**  
 Bilanz auf 31. Dezember 1926.

Vermögen	RM	Verbindlichkeiten	RM
1. Kassenbestand	6 612.94	1. Spareinlagen	316887.07
2. Guthaben bei Girozentrale und Postsparkasse	5 027.45	2. Giro- und Kontokorrenteinlagen	41 302.05
3. Wertpapiere	2.-	3. Sonstige Einlagen	-
4. Wechsel	-	4. Anlehens- und andere Schulden	16 500.-
5. Darlehen auf Hypotheken	140 677.-	5. Ausgaberrückstände	-
6. Darlehen in laufender Rechnung	139 350.00	6. Rücklagen:	
7. Darlehen auf Schuldschein	73 759.64	a) gesetzl. Reservefond	6 112.02
8. Darlehen an Gemeinden	38 100.-	b) Sonderrücklage	-
9. Einnahmerückstände	8 852.38	c) Aufwertungsstock	22 138.95
10. Grundstücke u. Gebäude	4.-	7. Reingewinn v. Jahre 1925	9 447.22
11. Gerätschaften	1.-		
	412 387.31		412 387.31

**Berechnung der Rücklage.**  
 Die gesetzl. Rücklage hat zu betragen:  
 8% aus RM 358 189.12 Einlagen = RM 28 655.12  
 Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1926 = RM 15 659.24  
 somit weniger = RM 13 095.88  
 Königshofen, den 25. März 1927.  
 Der Vorsitzende des Verwaltungsrates: Der Geschäftsführer  
 Stein.

**Öffentliche Sparkasse Rastatt.**  
 Bilanz auf 31. Dezember 1926.

Vermögen	RM	Verbindlichkeiten	RM
1. Kassenbestand	25 551.93	1. Spareinlagen	1 780 627.55
2. Guthaben bei Banken, Girozentrale und Postsparkasse	126 333.21	2. Giro- und Kontokorrenteinlagen	514 170.10
3. Wertpapiere	40 000.-	3. Rücklagen:	
4. Wechsel	21 885.29	a) gesetzl. Reservefonds	16 355.76
5. Darlehen auf Hypotheken	1 200 560.-	b) Sonderrücklage	40 000.-
6. Darlehen in laufender Rechnung an Private einschließlich Debitoren auf Girokonten	618 709.20	c) Aufwertungsstock	156 565.30
7. Darlehen auf Schuldschein	253 377.-	4. Reingewinn v. Jahre 1926	6 372.54
8. Lombarddarlehen	8 300.-		
9. Gemeinde-Darlehen	60 500.-		
10. Betriebskapital bei der Girozentrale Mannheim	55 500.-		
11. Darlehen mit besonderer Staatsgenehmigung	100.000.-		
12. Einnahme-Rückstände	2 374.62		
13. Gerätschaften	1 000.-		
	2 514 091.25		2 514 091.25

**Berechnung der Rücklage:**  
 Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:  
 10% aus RM 2294 798.- Einlagen = RM 229 480.-  
 Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1926 = RM 22 728.30  
 Somit weniger = RM 206 751.70  
 Rastatt, den 2. März 1927.  
 Der Vorsitzende des Verwaltungsrates: Der Geschäftsführer  
 Renner Kuhn

**Wochenbettpflegerinnen!**

In der **Badischen Landesfrauenklinik in Karlsruhe** (Kaiserallee 10) findet bei genügender Beteiligung in der Zeit vom 1. Mai bis 31. Juli 1927 ein **Ausbildungskurs für Wochenbettpflegerinnen** statt. Das Kursgeld für den ganzen Kurs beträgt 30 M. und ist in monatlichen Teilbeträgen zum Voraus zu entrichten. Gegen eine Vergütung von 2 M. für den Tag wird Verpflegung in der Klinik gewährt; dagegen besteht daselbst keine Wohngelegenheit für die Kursteilnehmerinnen. 178

Anmeldungen an die Direktion der Landesfrauenklinik bis **spätestens 15. April d. J.** erbeten. Nähere Auskunft erteilt Frau Oberin Wippermann. **Karlsruhe, den 1. März 1927.**

Für den Bezirksfürsorgeverband Mannheim-Band wird ein

**Kassenbeamter**

mit entsprechender Vorbildung und Erfahrung im öffentlichen Kassenwesen **gesucht**. Die Einstellung erfolgt in Gruppe VIII mit Aufsteigungsmöglichkeit nach IX.  
 Offerten sind bis 1. Mai 1927 an die Bezirksfürsorgestelle Mannheim-Band-Bezirksamt einzuziehen.

**Leser Bücher Wissen ist Macht!**

**Ludwig Schweigut**  
 Karlsruhe i. B.  
 Erbprinzenstraße 4 beim Rondellplatz  
**Flügel**  
**Pianos 759**  
**Harmoniums**  
 Nur beste Fabrikate  
 Sehr mäßige Preise  
 Umtausch aller Klaviere

**HANS KISSEL**  
 empfiehlt  
**frische Fische aller Art**  
 Fischräucherwaren und Marinaden  
 Matjes-Heringssfilet  
 Diesjährige Gänse und Enten, Poularden, Hähnen, Hühner, Tauben  
 Gänseleberterrinen, -Pasteten und -Wurst, echter Caviar, div. Lockerbissen  
 Neue Malta-Kartoffeln, Chicorée, süße Orangen, Australische Äpfel, Bananen, frische Ananas, Trauben, Datteln, Feigen  
**Obst- und Gemüsekonserven**  
 Marmeladen Pfd. 40 Pfg., Konfitüren  
 Dörrobst, Teigwaren  
 Reinschmeckende Tafel- und Oliven-Öle  
 Touren- und Reise-Proviant  
 Kaffee, Tee, Kakao, Schokoladen  
 Weiß- u. Rotweine, Süßweine, echte Liköre, Sekt  
 größte Auswahl bei

**HANS KISSEL**  
 G. 265

**Öffentliche Zahlungserinnerung.**  
 Es sind zu entrichten:  
 I. Auf 1. April 1927 die fälligen Rentenbankzinsen.  
 II. Auf 10. April 1927 die Vorauszahlungen an Einkommensteuer und Körperschaftsteuer nebst Zuschlag zur Landeskirchensteuer aus der Einkommensteuerzahlung.  
 III. Auf 15. April 1927 die erste Vorauszahlungsrate an Grund- und Gewerbesteuer für das Rechnungsjahr 1927/28 nebst Zuschlag zur Landeskirchensteuer.  
 IV. An die Einreichung der auf 10. April 1927 fälligen Umsatzsteueranmeldungen wird ebenfalls erinnert.  
 V. Man vergesse nie bei den Zahlungen seine Steuernummer anzugeben und zahle bargeldlos.  
 Karlsruhe, den 31. März 1927.  
**Die Finanzämter Karlsruhe-Stadt, Karlsruhe-Land und Ettlingen.**

**Lagerung feuergefährlicher Flüssigkeiten.**  
 Die Allgemeine Handelsgesellschaft m. b. H. (Hag) in Hamburg beabsichtigt, auf dem Industriegebiet in Karlsruhe, Lohstraße, außer den bereits mit Genehmigung des Herrn Ministers des Innern vom 4. 2. 1927 gelagerten 32 000 Liter Benzin, weitere 35 000 Liter zu lagern. R. 219  
 Etwasige Einwendungen gegen die beabsichtigte Lagerung sind binnen 14 Tagen, vom Tage des Erscheinens dieser Bekanntmachung an gerechnet, schriftlich oder zu Protokoll beim Bezirksamt oder beim Herrn Oberbürgermeister hier anzubringen, widrigenfalls alle nicht auf privatrechtlichen Titeln beruhenden Einwendungen als verjährt gelten.  
 Gesuche und Pläne liegen während dieser Zeit auf dem Rathaus, Zimmer 79, zur Einsichtnahme offen.  
 Karlsruhe, den 31. März 1927. O. B. 43.  
**Bad. Bezirksamt - Polizeidirektion.**

**Badisches Landestheater**  
 Samstag, 2. April 1927  
 \* G 22 Th.-Gem. 2. S.-Gr.  
**Thomas Paine**  
 von Hanns Johst  
 In Szene gesetzt von Felix Baumdach  
 Paine Stone Adams Gotze  
 Daßlen v. d. Trend Hofbauer Brand  
 Brignan Laurens Washington Greene Tornay Stabsoffizier Louis XVI De Villiers Ehabot Kapitän Joe Anfang 8 Ende 10 1/2 I. Sprechst. 5 M.  
 So. 3. April, nachm. Taifun, abends Bar u. Zimmermann.  
 Konzerthaus: Stöpsel. No. 4. April 9. Sinfonie-Konzert